

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 5 Goldpfennig oder 100 Mill. Reichsmark

Bezugspreis wöchentlich 25 Goldpfennig. Postbezugpreis für Oktober: Grundpr. 12000 M., Subskriptionszahl frei. Anzeigen: D. -sp. Seite 15 Goldpf. Reklamestelle 60 Goldpf. zahlbar in Papierm. nach dem Stande des Dollars am Vorlage des Abrechnungs. 1 Dollar = 4,20 M. - Abonnementpreis 2,50 M. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6, Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 244

Donnerstag, den 18. Oktober 1923

14. Jahrg.

Gespannte Lage in Polen.

Kommunisten- und Judenhege der Reaktion.

Durch die polnische Regierungserklärung zum Warschauer Explosionsunglück ist allen Gerüchten ein dauerhafter Boden gegeben. In Warschau hört man auf den Straßen und liest zum Teil auch in den Zeitungen die unheimlichsten Gerüchte. Man spricht von einem kommunistischen Aufstand, der durch einen Angriff auf die polnische Hauptstadt unterstützt werden sollte, von bevorstehenden Attentaten auf militärische Zentren usw. Die Presse berichtet, daß Litauen mobil mache und bereits sechs Jahrgänge (1897-1908) zu den Waffen rufe. Unterstützt werden diese Gerüchte durch die Menge der Verhaftungen, die jede Nacht vorgenommen werden. In der vergangenen Nacht wurden allein mehr als zweihundert Personen, zum Teil Kommunisten verhaftet. Ueber den Grund der Verhaftungen wird jedoch nichts Schmeigendes bemerkt.

Die Hege der Rechtsparteien geht nicht nur gegen die Kommunisten und Sozialisten, sondern nach altem Rezept aller Reaktionäre auch gegen die Juden. So schreibt die halbamtliche „Gazeta Warszawska“: „Polens Desorganisation ist das Ziel der jüdischen Weltpolitik, die ganze Landeskriegsarmee im Innern unseres Landes formiert und feindliche Armeen um unsere Grenzen sammelt.“ Es ist verständlich, wenn Vertreter der jüdischen Sejmfraktion sich gestern an den Innenminister Kiernik und die Regierungskommissare gewandt haben, um deren Aufmerksamkeit auf die große Möglichkeit von Pogromen dringend hinzuweisen.

Ueberdies gewinnt es immer größere Wahrscheinlichkeit, daß die Regierung schon in den nächsten Tagen vom Sejm diktatorische Vollmachten für sich behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verlangen dürfte. Man will wissen, daß ein dahingehendes Gesetz bereits ausgearbeitet sei, zunächst für einen Monat gelten und für diese Zeit die Sejmstätigkeit eingestellt werden soll. Die Regierung läßt somit keinen Zweifel darüber, daß sie unter keinen Umständen gewillt ist, die Macht aus der Hand zu lassen. Andererseits sprechen die vereinigten Linken eine ebenso deutliche Sprache. Das führende Blatt der polnischen liberalen Intelligenz, der sonst so gemäßigte „Kurjer Polski“, veröffentlichte gestern einen in höchster Leidenschaft geschriebenen Leitartikel, worin er unter Aufzählung diesbezüglicher Strafgesetze die Stellung der gesamten Regierung vor dem Staatsgerichtshof fordert. Die Nummer wurde sofort konfisziert. Das sozialistische Parteiorgan, „Robotnik“, schreibt gestern: Wir warnen die Regierung, die Seiten nicht zu überziehen, die Regierung soll uns keine Macht vorzipeln, die sie nicht besitzt und an die sie selber nicht glaubt; die Regierung soll in ihren diktatorischen Gelüsten wirklich etwas bescheiden sein, eingedenk, daß sie auf einem Pulverfaß sitzt.“

So stehen auch in Polen entscheidende Auseinandersetzungen zwischen rechts und links bevor.

Gewerkschaften und Wirtschaftsnot.

Gestern fand im Plenarsitzungslokal des Reichswirtschaftsrates die erste gemeinsame Tagung der Bundesauschüsse des A.O.G.-Bundes, der Afa und des A.D.B. statt, um Stellung zu nehmen zu der bedrohlichen wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reiches. In einer Entschließung wurde u. a. die sofortige Ordnung der Währung und der Finanzen verlangt. Nur auf der Grundlage einer Festwährung könne auch die allgemein als notwendig erkannte höhere Leistung des Produktionsapparates erreicht werden. Die Voraussetzung für die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der notwendigen wirtschaftlichen Reorganisation seien rücksichtslose Zerstückelung der gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Zwangswirtschaft, Ermöglichung eines erheblichen Preisabbaues und damit Stärkung der Konsumkraft. Dem Veruche, den gesetzlichen Achtstundentag zu beseitigen, würden die Arbeitnehmer nach wie vor nachdrücklich Widerstand entgegenzusetzen, aber soweit an einzelnen Stellen der Wirtschaft Ueberzeitarbeit notwendig ist, seien die Gewerkschaften bereit, darüber tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen. Die Gewerkschaften fordern weiter zur Beseitigung der Lebensmittelnot u. a. Erfassung der Ernteschärfte Strafanforderung für Zurückhaltung und Verschwendung von Lebensmitteln und Heranschaffung ausreichender Mengen Lebensmittel zu angemessenen Preisen auf dem Markt, sowie endlich Kreditabkommen mit solidarischer Haftung des industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Besitzes zur Ermöglichung der Eindeckung der Massen mit Wintervorräten. Die Entschließung endigt mit einem Appell an die gewerkschaftlich organisierte Arbeitergemeinschaft, Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin zu wahren.

Arbeitsminister Brauns, der an der Konferenz teilnahm, führte aus, daß die Reichsregierung im Besonderen dem Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit ihre Aufmerksamkeit zuwenden werde. Die Reichsregierung wolle auf Grund des Ermächtigungsgesetzes alles tun, um der Situation Herr zu werden. Sie beabsichtige ein nach allen Seiten gleichzeitiges Vorgehen, die Durchführung der beabsichtigten Gesetze im gleichen

Schritt und Tritt. Sie heute jedenfalls nicht daran, auf der einen Seite bloß die Frage der Arbeitszeit neu zu regeln, andererseits aber die Produktionskonvention ungeschoren zu lassen. Der Minister hat, daß der Regierung die erforderliche Zeit gesondert werde.

In der folgenden Aussprache beschäftigten sich u. a. Georg Bernhard und Staatssekretär a. D. Birch vor allem mit der Währungsfrage. In einem Schlusswort betonte Leipart, die deutsche Arbeiterschaft dürfe im Kriegszustand mit dem Kapitalismus weder Kompromissen eingehen, noch sich einem Defatismus hingeben.

Fort mit dem Ausnahmezustand!

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat sich in seiner Mittwoch-Sitzung mit dem militärischen Belagerungszustand und den durch ihn geschaffenen Zuständen in den Einzelstaaten beschäftigt. Er ist dabei einmütig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die schleunige Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig sei, um im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen. Der Beschluß des Parteivorstandes wurde noch gestern von dem Abgeordneten Hermann Müller-Franken dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler mitgeteilt. Laut „Lokalanz.“ soll gestern abend das Reichskabinett zusammengesessen sein und sich mit dem sozialdemokratischen Fraktionen beschäftigt haben. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ nennt die Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes eine Kühn-

Klassenkampf oder Harmonieduselei?

Liberaler Angst vor der eigenen Courage.

Die Spaltung in der Deutschen Partei kam auch in der gestrigen Sitzung des Volkstages zum Austrag. Namens der neugegründeten Fraktion der Liberalen Vereinigung gab Abg. Dr. Eppich folgende Erklärung ab:

Die Gründe, die uns veranlaßt haben, aus der Deutschen Partei auszuscheiden, liegen für jeden Kenner des hiesigen politischen Lebens klar zutage. So daß ich sie nur mit wenigen Worten festzustellen brauche. Die Fraktion der Deutschen Partei, ursprünglich getragen von der Absicht, eine wirklich liberale und demokratische Wirtschaftspolitik zu betreiben, hat sich im letzten Jahre unter dem weitreichenden Einfluß ihrer parlamentarischen Senatsreue mehr und mehr zu einer Interessengruppe der von diesen Herren geführten Wirtschaftskreise entwickelt.

Trotz aller Bemühungen ist es uns nicht gelungen, diese Behauptungen auf die Dauer mit Erfolg zu bekämpfen. Bei den Wahlvorbereitungen der Partei hat sich offen gezeigt, daß man die Wünsche dieser Wirtschaftskreise unannehmlich mit allen Mitteln durchsetzen will und rücksichtslos alle widerstrebenden Elemente beiseite schiebt. Da weder uns noch unseren Wählern zugemutet werden kann, für eine Partei einzutreten, die in der Hauptsache nur ein Organ der erwähnten Gruppe werden soll, blieb uns nichts übrig, als die Scheidung auch äußerlich zu vollziehen. Die innerlich schon lange bestehende hat. Wir bedauern diese Wendung besonders im Hinblick auf unseren bisherigen verehrten Fraktionsführer, dessen redlichen Bemühungen es leider nicht gelungen ist, das Gleichgewicht zwischen den beiden Elementen herbeizuführen.

Die Richtlinien unserer Vereinigung sind ebenfalls mit wenigen Worten zu bezeichnen. Wir werden unabsehbar der allgemeinen Staats- und Wirtschaftswirtschaften dafür arbeiten, daß bei den schweren Krisen, in denen wir leben und die uns bevorstehen, die nichtbesitzender Bevölkerungswirtschaft zu ihrem Recht kommen, daß insbesondere in der Gehalts-, Lohn-, Sozial-, Steuer- und Ernährungsfrage Gerechtigkeit zur Geltung kommt, daß auf dem Reichsgebiet die demokratischen, auf dem Kulturgebiet die liberalen Grundsätze der Verfassung gewahrt bleiben. Wir bekämpfen keinen Berufsstand, sei es Gewerbe, Handel oder Landwirtschaft, wir wollen aber keine Diktatur des Geldes, insbesondere wollen wir nicht, daß einzelne Führer der Großindustrie und des Großhandels neben ihrer wirtschaftlichen auch noch die politische Alleinherrschaft im Staate in die Hand bekommen.

Der bestehenden Regierung gegenüber werden wir keine grundsätzliche Opposition machen, sondern wir behalten uns die Stellungnahme in jedem Falle vor.

Wir hoffen, daß es uns im künftigen Volkstage möglich sein wird, mit denjenigen Parteien, die ähnliche Grundsätze vertreten, zum Wohle des Ganzen zusammenzuarbeiten.

Mit dieser Erklärung der bisherigen Mitglieder der Deutschen Partei wird das bestätigt, was wir schon immer über dieses Parteigebilde geschrieben haben, nämlich daß die Deutsche Partei die Aufgabe hat, die Interessen des Industriellen- und Handelskapitals zu vertreten, soweit das nicht durch die mehr agrarisch eingestellten Deutschnationalen geschieht. Das die Großkapitalisten oder, wie die Erklärung der Eppich und Genossen schuldig meint, „Wirtschaftskreise“ gerade jetzt auch in der Deutschen Partei mit allen Mitteln durchsetzen und „alle widerstrebenden Elemente“ rücksichtslos beiseite schieben, kommt nicht von ungefähr. Auch in Deutschland machten die Stinnes und Konforten kürzlich dieselbe Machtprobe. Und wie dort die Ruhrindustriellen lieber das Reich fluten lassen, als daß sie vor ihren Machtzielen abgeben, so lassen die Jewelowski und Fuchs lieber die liberale Einheitspartei in die Brüche gehen, als daß sie der sozialen Demokratie Konzessionen machen. Sie halten die Zeit für gekommen, da man auch in Danzig den Achtstundentag beseitigen kann, da man nach dem erfolglosen Vortag des Großkapitals in Deutschland auch in Danzig die

Zeit angefaßt der Kurzen im ganzen Reich und der politischen Vorgänge in einzelnen Reichsteilen. Die „Allg. Ztg.“ betont, daß der Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes ausdrücklich vom militärischen Ausnahmezustand spricht und glaubt, daß folgende positive Ergänzung des Beschlusses einen denkbaren Ausweg bietet: Aufhebung der jetzigen Form des Ausnahmezustandes und Einführung des stillen Ausnahmezustandes.

Der „Vorwärts“ erklärt, daß in Sachsen die Möglichkeiten einer Verständigung durchaus gegeben sind. Das Reich müsse jedoch zeigen, daß es die Verständigung will. Es dürfe nicht einem militärischen Beschluß habet gestattet sein, alle Möglichkeiten zu ihr zu verschließen. Mit dem Vorgehen gegen Sachsen erreiche man, daß sich mit jedem Tage die Zahl der Sozialdemokraten vermehre, die sich fragen, wie lange noch eine verantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein werde. In ihnen gehörten nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihr mit aller Entschiedenheit eingesetzt haben. Es sei notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der sozialdemokratischen Partei nicht zumuten dürfe, sie solle Dinge bedenken, die sie durchaus nicht bedenken könne.

Die erweiterten Ortsverwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlichen Arbeiter-, Angestellten- und Rentnerorganisationen Großberlins beschäftigten sich laut „Vorwärts“, gestern u. a. mit der Lage in Sachsen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall eines bewaffneten Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Proklamierung des Generalstreiks in Aussicht stellt.

wenigen sozialen Rechte der Arbeitnehmer besitzigen kann. Verlangen die Stinnes und Co. doch sogar Abbau der Sozialgesetzgebung und zu sollen in Danzig die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung, die man solange verdrängt hat, etwa doch noch Gesetz werden? Das gilt es zu verstehen, und deshalb auch rücksichtslos fort mit allen Elementen in der eigenen Partei, die sich dieser großkapitalistischen Diktatur und Gehorsams fügen wollen.

Nicht nur die Frage übrig, ob die Gründung einer neuen Partei der richtige Weg war, um die Macht des Großkapitals zu bekämpfen. Wir haben in Danzig auch in früheren Jahren ähnliche Versuche erlebt, die aber stets gescheitert sind. Damals hatten die liberalen Arbeitervereine Danzig bei einer Reichstagswahl dem Kandidaten der liberalen Bourgeoisie den Führer der Gewerkschaften gegenüber, weil auch damals die maßgebenden Kreise der liberalen Partei nichts von echter Demokratie und wahrer Sozialpolitik wissen wollten. Aber diese Versuche wurden ein völliger Scheitern. Trotzdem zu jener Zeit die Sozialdemokratie in Danzig noch ein einflussreiches Element war, konnte der liberale Arbeitnehmerverband seinen liberalen Unternehmerkonkurrenten nicht aus dem Felde schlagen, dem vor allem eine große Presse zur Verfügung stand. Das ist heute in noch viel höherem Maße der Fall bei der alten Deutschen Partei, der sowohl die „Danziger Neuesten Nachrichten“ wie auch die „Danziger Zeitung“ gehören, während die Epich-Gruppe ohne die heute für politische Tageskämpfe so notwendige Tageszeitung ist. Selbst wenn es trotzdem der liberalen Vereinigung gelingen sollte, einige Mandate zu erringen, so kann sie doch keine praktische Arbeit in den Kommissionen des Volkstages leisten, da sie selbst wohl kaum hoffen wird, im neuen Volkstag Fraktionsstärke zu erreichen.

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade diejenigen Politiker nun zu dem harten Urteil über die großkapitalistische Interessenspolitik in der Deutschen Partei kommen, die bisher stets die Harmonie der Arbeitnehmer mit dem Unternehmertum predigten und die Sozialdemokratie deshalb ablehnten, weil sie eine politische Gemeinschaft von Arbeitnehmern und Unternehmern für ein Umding erkläre. Schrieb doch noch in der letzten Nummer der „Danziger Rundschau“ deren Chefredakteur Dr. Müller, der wohl auch der neugegründeten liberalen Vereinigung nahesteht dürfte, daß die Sozialdemokratie aus Furcht vor der kommunistischen Konkurrenz es noch immer nicht wage, der „marxistischen Geißel“ abzuweichen. Dazumit verstehen die liberalen Harmoniepolitiker hauptsächlich den von Marx festgestellten Klassenkampf. Nun haben die bürgerlichen Marxgegner von Marxismus aber so wenig Ahnung, daß sie die Feststellung der Tatsache des Klassenkampfes mit der Verbindung des besitzenden Klassen mit der arbeitenden Klasse führt den allerwichtigsten Kampf gegen die Arbeitnehmerschaft. Das haben die Epich und Genossen doch in der Deutschen Partei selbst erfahren, und das erfahren die Birch-Dunderschen Gewerkschaften auch im Reich, wo die Unternehmer die 1918 gegründete Arbeitergemeinschaft isolierten, nachdem sie diese nicht mehr zur Verfügung der Arbeiter gebrauchen konnten. Das veranlaßte den liberalen Gewerkschaftsleiter, den Beschluß zu fassen, die Arbeitergemeinschaft auszutreten. Die Sozialdemokratie hat aus dem Verhalten des Unternehmertums nur die Konsequenz gezogen und die Arbeiterschaft aufgefodert, sich gegen den Willen des Unternehmertums zur Wehr zu setzen.

Auch die liberalen Arbeitnehmer treiben Klassenkampf. Nur wollen sie diese Tatsache immer noch nicht anerkennen, weil sie sich von den verstaubten Harmonie-Idealen des Liberalismus nicht freimachen können. Eine Arbeiterpartei aber, die von den Großkapitalisten behandelt wird wie ein Hund mit der Peitsche und sich trotzdem nicht zu einer unabhängigen Kampfstellung gegen das großkapitalistische Herrment entschließen kann, sondern weiter von der Harmonie mit diesem brutalen Gegner träumt, kann als Partei der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht gewertet werden.

Aufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Aus Essen wird unterm 17. Oktober gemeldet: Der heutige Tag stand im Zeichen der Arbeitsaufnahme der Post- und Eisenbahnbeamten im Ruhrgebiet.

Nachdem die Bergarbeiter bereits vor einiger Zeit die Forderung wieder aufgenommen haben, haben nunmehr die Eisenbahn- und Postbeamten den Beweis ihres Willens zum Wiederaufbau des Ruhrgebietes gegeben.

Die proletarische Koalitionsregierung in Thüringen.

In einem Teil der Anleihe wiederholt: An der gestrigen Sitzung des thüringischen Landtages gab der Abgeordnete Kriener (Soz.) folgende Ministerliste bekannt: Inneres Staatsminister Herrmann (wie bisher), Finanzen Hartmann (wie bisher), Kultus (wie bisher), Wirtschaft Kemmer (Soz.), Volksevidenz (wie bisher), Wirtschaft Kemmer (Soz.).

An der gestrigen im thüringischen Landtag abgegebenen Erklärung der neuen thüringischen Staatsregierung heißt es: Die Regierung Thüringens ist eine Regierung der republikanischen Verfassung und des Kampfes gegen die Forderung: Wieder mit dem Militarismus!

Eine Brikkettgeschichte.

Von Fritz Müller, Chemnitz. Seit 11. Oktober 1923, abends 8 1/2 Uhr. Das Wohnzimmer eines Kohlenhändlers. Personen: A. und B. Auchen; C. Kohlenhändler.

der Produktion, für Aufrechterhaltung des Achtstundentages und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen.

Das neue Arbeitszeitgesetz in Deutschland.

Der Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit, den die Reichsregierung dem Reichsrat und dem Reichstag bereits vorgelegt hat, erkennt den Achtstundentag und die 18-Stunden-Woche grundsätzlich an.

Der Entwurf ist aufgebaut auf der Abschaffung der Koalitionsverträge vom 5. Oktober 1923, nach der die Steigerung der Gütererzeugung durch rasche Anschnüpfung technischer Fortschritte durch organisatorische Verbesserungen der Wirtschaft und durch emsige Arbeit jedes einzelnen bei grundrührlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit erreicht werden soll.

Die Kohldiktatur in Bayern.

Durch die Verordnung des Generalstaatskommissars vom 16. Oktober 1923 wird allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzverband oder ähnlichen Einrichtungen der vereinigten sozialdemokratischen oder der kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Uebungen, Versammlungen oder Zusammenkünften solcher Verbände oder Einrichtungen untersagt.

Gehaltsauszahlungen an die Beamten.

Am 18. Oktober ein volles Oktobergehalt. Das Reichsfinanzministerium hat sich entschlossen, in Anbetracht der ungewöhnlichen Steigerung aller Preise auf dem Lebensmittelmarkt die für den 18. d. M.

vorgesehene Zahlung an die Beamten und Staatsarbeiter zu verdoppeln. Demnach erhalten die Beamten am Donnerstag ein volles Oktobergehalt auf der Grundlage einer Reichsliste von 70 000 abzüglich der am 1. Oktober geleisteten Zahlung.

Der Flottengefährdand in Holland.

Am 3. November 1921 ließ die bürgerliche Koalitionsregierung Hollands dem Parlament den Entwurf eines Flottengesetzes zugehen, durch das nicht nur die öffentliche Meinung des Landes selbst beunruhigt wurde, sondern auch im Ausland, besonders in England, Japan und Amerika horchte man auf.

Seinerzeit ist der Finanzminister de Geer zurückgetreten, weil er das Flottengesetz nicht verantworten zu können glaubte. An seine Stelle trat der Führer der antirevolutionären Partei Colm, dessen Programm Erhöhung der indirekten Steuern, Abbau der Beamtenschaft um 20 Prozent, Wegfall des Staatszuschusses an Arbeitslose usw. vorhielt.

In dieser Erkenntnis entfallen die Gegner dieser kapitalistisch-militaristischen Richtung eine doppelt lebhaftere Agitation gegen die Regierungslösung. So veranfaßte die Arbeiterschaft Hollands Ende September eine gewaltige Kundgebung gegen die Reaktion und den Militarismus, für den Achtstundentag und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer.

Die Opfer der Adlner Unruhen.

Bei den letzten Unruhen hat die Polizei in der Stadt und in den Vororten etwa 70 Verhaftungen vorgenommen, darunter eine große Anzahl Jugendlicher. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht genau fest, da sich einige sofort entfernten. Eine Frau und ein 13jähriger Junge sind inzwischen gestorben.

Das heißt ich, wie Sie aus den nachfolgenden Dialogen ersehen können, auf den 1. Oktober. G.: Donnerwetter, Sie haben recht! Aber ich verhebe...

Egmont.

Zu den Aufführungen der „Volksbühne“. Goethes Egmont ist das Drama der austrahenden Mächtigkeit der Jugend. Es stellt die Jugend dar als eine Kampfgemeinschaft, die während großer, heller Wirkungen steht und sich duldet, sich anders zu offenbaren als sie ist.

Neuregelung der Steuerermäßigungen.

Freitag Entscheidung über den Danziger Zwischengulden.

Zu Beginn der gestrigen Volksstagsitzung gab der amtierende Präsident dem Hause Kenntnis von der Verurteilung des Senators Schmidt m. r. Nicht wenige Juristen von der linken Seite des Hauses sahen erkennen, welcher „Wertschätzung“ der Beurteilung bei den Wählerparteiern erfreut. Ferner machte der Präsident die Neugründung der Liberalen Vereinigung bekannt. Ihr Vorsitzender ist Dr. Eppich. Durch die Spaltung der Deutschen Partei wird die Neuwahl des zweiten Vizepräsidenten notwendig, den nunmehr das Zentrum stellen wird. Die Abgeordneten im Hause sind umgruppiert worden. Neben den Deutschen nationalen sitzen jetzt die Reste der Deutschen Partei. Dann folgt das Zentrum, anschließend haben die Liberale Vereinigung, dann die Polen. Den größten Teil der Linken beherrsicht die Vereinigte Sozialdemokratie, die paar Kommunisten verschwinden ganz in der Ecke. Der „Wilde“ Brieskorn, der bisher auf der linken Seite saß, ist jetzt in die Nähe der Deutschen nationalen gerückt, wo er auch hingehört.

Die eigentliche Tagung begann mit der Ablehnung des Senatsantrages auf Strafverfolgung gegen den Abg. Schmidt. Die große Anfrage des Abg. Friedrich (L. B.) wegen Gewährung von Darlehen an Kirchengemeinden zwecks Beförderung ihrer Beamten kam gar nicht zur Verhandlung, weil eine rechtzeitige Vormeldung nicht erfolgte.

Goldmonatliche Festsetzung der Steuerermäßigungen
forderte ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der nunmehr zur Beratung kam und vom Abg. Gen. Schmidt begründet wurde. Es wies mit Recht darauf hin, daß durch die monatliche Festsetzung der Steuerermäßigung die Lohn- und Gehaltsempfänger schwer geschädigt werden, da die Geldentwertung die Ermäßigung schon bei der ersten Lohnzahlung hinfällig macht. Selbst Steuerzahler mit fünf und sechs Kindern müssen dann die voll 10 Prozent Steuer zahlen. Im Deutschen Reich werden die Ermäßigungen wöchentlich festgesetzt. Der vorliegende Gesetzentwurf beantragte sich mit einer Mäßigung der Höhe, in der Hoffnung, daß nunmehr die bürgerlichen Parteien ihren Widerstand gegen die vorgeschlagene Regelung aufgeben. Redner beantragte, den Gesetzentwurf dem Steuerausschuß zu überweisen, der dann sofort zur Beratung zusammenzutreten könne. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzentwurfes könne dann noch in der laufenden Sitzung erfolgen. Dem Antrag wurde entsprochen. Im späteren Verlauf der Sitzung wurde der sozialdemokratische Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Die Einführung des Danziger Zwischengulden
handelt Johann zur Verhandlung. Der von uns bereits im Wortlaut veröffentlichte Gesetzentwurf ging ohne Aussprache an den Hauptausschuß. Es ist zu erwarten, daß der Gesetzentwurf in der Freitagsitzung des Volksstages endgültig zur Verabschiedung kommt, worauf der Ausgabe des Zwischengulden nicht mehr im Wege steht.

In zweiter und dritter Lesung wurden Johann die Gesetzentwürfe über Erhöhung von Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren angenommen.

Anschließend der Tagesordnung gab alsdann Abg. Dr. Eppich zur Begründung des Austritts aus der Deutschen Partei eine scharf formulierte Erklärung ab, in der die großparteiliche Vorherrschaft in der Deutschen Partei gebrandmarkt wird.

Aufhebung der Umsatzsteuer für Lebensmittel
verlangte ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, für den sich im Ausschuß leider keine Mehrheit gefunden hat. Abg. Gen. Meyer wies gestern auf den Widerstand der Linken bei Verabschiedung des Umsatz- und Luxussteuergesetzes hin. Die sozialdemokratische Fraktion denke nicht daran, dem Staate die notwendigen Steuern zu verweigern, sie verlange aber, daß die Lebensmittel nicht unnötig verteuert werden. Am Ausschuß habe ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Lebensmittel durch die Umsatzsteuer nur um 4 Prozent verteuert würden. Gen. Meyer zweifelte die Richtigkeit dieser Angaben an und erklärte, die Verteuerung der Lebensmittel durch die Umsatzsteuer sei um ein Vielfaches größer. Im Ausschuß sei auch anerkannt worden, daß im sozialdemokratischen Antrag ein gesunder Gedanke stecke. Trotzdem ist er abgelehnt worden mit der Begründung, daß eine Aufhebung der Umsatzsteuer für Lebensmittel keine Verbilligung dieser Ware herbeiführen werde. Gen. Meyer betonte die zwingende Notwendigkeit, insbesondere Brot und Fleisch zu verbilligen. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung sei so verzweifelt, daß sie unter der Last des Lebens zusammenbrechen, zum Selbstmord getrieben werde. Es müsse geholfen werden. Wenn der Staat Mittel brauche, solle er sie da nehmen, wo sie vorhanden sind. Einbrünstlich hat er das Haus, dem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen. Wer noch ein Vermitteln habe, müsse für die Verbilligung der Lebensmittel eintreten.

Der Abg. Höfer (Dnall.) erklärte, durch die Aufhebung der Umsatzsteuer für Lebensmittel würde das Staatsweien erschüttert werden! Es müsse auch bezweifelt werden, ob tatsächlich die Aufhebung der Umsatzsteuer für diese Waren eine Verbilligung erweise. Nach Einführung der neuen Währung würden die Verhältnisse schlechter werden, denn man hat erneut mit dem sozialdemokratischen Antrag beschäftigt.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte nochmals Ausschüßberatung des Gesetzentwurfes, um seine Annahme in anderer Form zu ermöglichen. Mit 39 deutchnationalen und Zentrumstimmen fiel selbst dieser Antrag, worauf dann der gesamte Gesetzentwurf mit 48 gegen 39 Stimmen abgelehnt wurde. Auch die Arbeitnehmervertreter in den bürgerlichen Parteien stimmten gegen die Verbilligung der Lebensmittel.

Das Haus vertagte sich nach Erledigung der Tagesordnung auf Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr.

Goldmarksteuern für Zigaretten.

Die fortschreitende Geldentwertung veranlaßt den Senat, auch für die Zigarettensteuer einen festen Maßstab einzuführen. In einer Reihe anderer Gesetze, z. B. über Vermittlungs-, Spielkartensteuer u. a. ist das bereits geschehen. Nach der Vorlage des Senats soll die Steuer betragen für Zigaretten im Klein-Verkaufspreise: bis zu 1 Goldpfennig das Stück für 20 Stück 20 Goldpfennig; über 1 Goldpfennig bis zu 2 Goldpfennig das Stück für 100 Stück 45 Goldpfennig; über 2 bis 3 Goldpfennig das Stück für 100 Stück 70 Goldpfennig; über 3 bis 5 Goldpfennig das Stück für 100 Stück 1 25 Goldmark; über 5 bis 7 Goldpfennig das Stück für 100 Stück 1 75 Goldmark; über 7 bis 10 Goldpfennig das Stück für 100 Stück 2 50 Goldmark; für alle folgenden Stufen in Höhe von je 5 Goldpfennig mehr 25 Prozent vom Endwert der Stufe. Für Zigarettenabgabe in einer Schutzhülle bis 2 Millimeter einseitig im Kleinverkaufspreis: über 4 bis 5 Goldmark das Stk. 1 50 Goldmark für 1 Stk.; über 5-7 Goldmark das Stk. 2 10 Goldmark für 1 Stk.; über 7-10 Goldmark das Stk. 3 00 Goldmark für 1 Stk.; über 10-15 Goldmark das Stk. 4 50 Goldmark für 1 Stk.; über 15-20 Goldmark das Stk. 6 00 Goldmark für 1 Stk.; über 20-25 Goldmark das Stk. 7 50 Goldmark für 1 Stk.;

über 25-30 Goldmark das Stk. 9 00 Goldmark für 1 Stk.; für alle folgenden Stufen in Höhe von für je 10 Mark mehr 20 Prozent des Endwertes der Stufe. Für Zigarettenpapier, Füllsel und Blättchen, mit Ausnahme der zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten, 1 Goldmark für 1000 Stück.

Zigaretten und Tabake, sowie Zigarettenpapier, Füllsel und Blättchen, die sich 6 Monate nach Verkündung dieses Gesetzes außerhalb der Erzeugungsmarkte oder einer Steuerlieferlage befinden sollen nach näherer Bestimmung des Landeshaushalts der Nachversteuerung unterliegen.

Der Senat bemerkt noch zu der Vorlage, daß der Entwurf keine Änderung des bestehenden Gesetzes bringt. Mit Rücksicht auf die Finanzlage und andererseits darauf, daß die Industrie einen großen Teil der Erzeugnisse ins Ausland bringt, seien die vorgeschlagenen Steuererhöhungen angemessen. Der Entwurf trage auch den Wünschen der Industrie Rechnung, auch hinsichtlich der Nachversteuerung.

Allein auf weiter Flur...

Bittere Enttäuschungen mußte gestern abend der gern wieder Volksstagsabgeordneter werden wollende Besitzer Brieskorn-Gemüß erleben. Für eine eigens zu diesem Zwecke konstruierte „Christlich-soziale Ausgleichspartei“ hatte er, großspurig wie er nun einmal ist, nach dem großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses eine Mitgliederversammlung einberufen. Gähnende Leere herrschte in dem großen Saal. Kaum hundert Personen waren erschienen, wobei die einleitend vorgenommene Abstimmung noch ergab, daß davon keine einzige Mitglied dieser ominösen Partei war. Brieskorn sah sich daher genötigt, noch einmal die bereits in der öffentlichen Versammlung geblasene Mattenfänger-Melodie erklingen zu lassen. Eine Stunde lang mußte er sich im Schweitze seines Angesichts, die meist aus Neugierde erschienenen Besucher der Versammlung für die Ziele seiner „Partei“ zu begeistern. Aber alles vergebens. Hoffnungsvoll machte B. noch einmal die Probe aufs Exempel. Durchdrungen von seiner Ueberzeugungskraft forderte er die Besucher, die sich trotz seiner Ausführungen nicht seiner „Partei“ anschließen wollten, zum Verlassen des Saales auf. Mit dieser mit vielen Erwartungen geschwängerten Aufforderung ertönte ein heftiger Fluchsturm, verließen darauf die Besucher fast geschlossen den Saal. Neun, nach einer anderen Zählung sogar sieben Männlein blieben zurück und leisteten Brieskorn den Schwur der Gefolgschaft. Nun kann der wilde Volksbreiter mutig in den Wahlkampf ziehen. Vorausgesetzt, daß er noch die fehlenden 43 wahlberechtigten Leute findet, die ihm die notwendigen Unterschriften zur Einreichung seiner Kandidatenliste leisten. Also, Dumme an die Front!

Was alles möglich ist.

Schon vor längerer Zeit hatte die Vereinigte sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuß des Volksstages dem Senatspräsidenten Dr. Niehm zur Kenntnis gebracht, daß Senator Fuchs I, der amtierende Leiter des Danziger Rädt. Sparkassenvereins, zugleich Aufsichtsratsmitglied der Dnzs. Privatbank sei. Darin liege eine Kollision der Interessen; der Senat möge Stellung dazu nehmen. Da Dr. Niehm bisher verabsäumt hatte, namens des Senats sich hierzu zu äußern, wurde die Frage wiederholt. Der Senatspräsident wollte zuerst antworten, er habe die Sache verlesen. Ihm wurde jedoch das Gedächtnis von den sozialdemokratischen Hauptauschüßmitgliedern aufgefrischt, und so befuhrte er denn, daß kein Senat ein Antrag des Senators Fuchs I auf Austritt aus der Mitgliedschaft beim Aufsichtsrat der Danziger Privat-Bank nicht vorgelegen habe. Von den sozialdemokratischen Aufsichtsratsmitgliedern wurde weiter darauf hingewiesen, daß Senator Fuchs I, der Leiter des rädtischen Sparkassenvereins, sich für sein Rhdntununternehmen von der Danziger Sparkasse eine Hypothek für 2 1/2 Jahre habe geben lassen, während es sonst nur üblich sei, fünfjährige Hypotheken zu geben.

Es wurde ferner Beschwerde darüber geführt, daß die Danziger Stadtsparbank, welche genötigt durch die Reiterhaltung, sich zu einer Stadtbank auszumachen, da sie sonst längst hätte eingehen müssen, sich seit zwei Jahren vergeblich beim Senat um die Genehmigung bemüht hat. Der gesamte Vorstand habe in Verhandlungen und Gesuchen, die mehrfach wiederholt worden seien, die Genehmigung des Senats nachgesucht; doch habe in zwei Jahren nichts erreicht werden können. Der Senatspräsident antwortete mit belanglosen Redewendungen: in den Senatberatungen hierzu wäre lediglich der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, ob dem Interesse der Allgemeinheit mit einer Zustimmung gedient sei. Eine Stadtsparbank habe andere Zwecke als eine Stadtbank. Man hoffe in Kürze zu normalen Geldverhältnissen zu kommen und damit wäre eine Zustimmung nicht erfolgt. Fraudentweiche Strömungen persönlicher Natur hätten hierbei keine Rolle gespielt.

Der Sach Fuchs I dürfte noch weitere Erörterungen verlangen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat an den Senat folgende Anfrage gerichtet:
„Aus welchen Gründen wird der rädtischen Sparkasse die Genehmigung zur Ausgestaltung als Stadtbank verweigert und aus welchen Gründen ergibt keine Entscheidung, die seit zwei Jahren beantragt ist?“

Der Senat wird in der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag Gelegenheit zur Antwort haben.

Zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen sollen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung die von Danzig in den Ausschüß zu entsendenden Vertreter neu gewählt werden. Es sind mit einer Ausnahme die bisherigen Mitglieder wie folgt vorgeschlagen: Stadtverordn. Scherer, Walter Josef, Stadtverordn. Gassel, Kränlein Dr. Semrau, Frau Stadtverordn. Gewerkschaftssekretär Köllner, Stadtverordn. Brunner II, Stadtverordn. Kitz, Stadtverordn. Evert, Frau Stadtverordn. Müller. Das Amtsausschüß will dann mit größter Beschleunigung die Wahl der Schöffen und Geschworenen vornehmen.

Die Goldpfeil-Larve der Straßenbahn bedürfen noch der nachträglichen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung. Reichlich spät, denn Mitte September kamen die wertbeständigen Larven bereits zur Einführung, soll nun die Stadtverordnetenversammlung am Dienstag ihre Zustimmung geben. Der Verkehrs-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 14. September mit der Neuregelung einverstanden erklärt.

Wirtschaftliche Berechnungszahlen.

18. Oktober 1923.

Gültig vom 18. bis morgen mittag

Entwertungsmultiplikator nach dem Dollar-Briefkurs	1 921 458 357	
Balkenwert eines Goldpf.	19 166 666	
Goldpfennig für Reichsmark für 19. Oktob.	15 922 063	
1 Kubikmeter Gas	287 900 000	
1 Kilowattstunde elektrisches Licht	299 600 000	
1 elektrische Kraft	539 700 000	
1 Kubikmeter Wasser	159 900 000	
Preis f. Milch (Grundpreis 13 Pf., Multiplik. 19 166 666)	249 000 000	
f. Butter (95	19 166 666)	1 300 000 000
für dunkles Brot	400 000 000	
hellere Brot	440 000 000	
Lohngoldpfennig der Woche	31 833 319	
Lehner Lebenshaltungsinde (15. 10.)	1 133 000 000	
Sehle Löhnerzahl (15. 10.)	110 032 800 000	
Wert einer Silbermark (amtlich)	400 000 000	
Schiffelsahl im Buchhandel	1 300 000 000	
Abonnementspr. d. „Volksstimme“ f. diese Woche	475 000 000	

Fahrtpreise, gültig bis Mitternacht.

	18. 10.	19. 10. (etwa)
Danzig - Langfuhr	240 000 000	320 000 000
Danzig - Oliva	400 000 000	480 000 000
Danzig - Zoppot	560 000 000	670 000 000
Stadtkarte Danzig	160 000 000	190 000 000

Postgebühren.

Danzig Ort	3 000 000	6 000 000
Freistaat, Deutschland, Polen	6 000 000	15 000 000
Ausland	30 000 000	50 000 000

Devisenkurse

(Amtliche Kurse vom 18. Oktober 1923.)

Dollar: . . .	8 029 875 000 (Geld),	8 070 125 000 (Brief)
Poln. Mark: .	967 575. -	972 425. -
Pfund: . . .	41 895 000 000	42 105 000 000

Die Löhne der Woche.

Der Wert des Lohngoldpfennigs ist für diese Woche von den Spitzenorganisationen auf 21 833 319 Mark errechnet. Er betrug in der Vormwoche 5 833 200. Das englische Pfund ist im Wochendurchschnitt um 819,1 % gestiegen, die Löhner um 683,2 %. Im Durchschnitt beträgt die Steigerung 491,15 %. Der Lohngoldpfennig, der in der Vormwoche erheblich hinter dem Goldmark zurückgeblieben war, ist jetzt betnahe um das Doppelte höher:

Nach dem neuen Stande des Lohngoldpfennigs ergeben sich folgende Löhne:

20 Goldpf.: 556 468 880 Mark Stundenlohn, 5 001 791 040 Mark Tagesverdienst, 30 650 386 240 Mark Wochenlohn.
21 Goldpf.: 663 889 800 Mark Stundenlohn, 6 041 617 563 Mark Tagesverdienst, 32 077 905 553 Mark Wochenlohn.
22 Goldpf.: 700 118 018 Mark Stundenlohn, 6 000 904 144 Mark Tagesverdienst, 33 005 424 964 Mark Wochenlohn.
22 1/2 Goldpf.: 716 034 678 Mark Stundenlohn, 6 723 197 424 Mark Tagesverdienst, 34 369 184 544 Mark Wochenlohn.
23 Goldpf.: 721 936 887 Mark Stundenlohn, 6 855 490 096 Mark Tagesverdienst, 35 192 944 176 Mark Wochenlohn.
24 Goldpf.: 763 759 856 Mark Stundenlohn, 6 110 077 248 Mark Tagesverdienst, 36 660 463 488 Mark Wochenlohn.
25 Goldpf.: 705 582 975 Mark Stundenlohn, 6 364 683 600 Mark Tagesverdienst, 33 187 882 800 Mark Wochenlohn.
26 Goldpf.: 827 406 294 Mark Stundenlohn, 6 618 250 362 Mark Tagesverdienst, 33 715 602 112 Mark Wochenlohn.
27 Goldpf.: 859 229 613 Mark Stundenlohn, 6 872 826 904 Mark Tagesverdienst, 41 243 021 424 Mark Wochenlohn.
27 1/2 Goldpf.: 875 141 272,50 Mark Stundenlohn, 7 001 180 190 Mark Tagesverdienst, 42 006 781 000 Mark Wochenlohn.
28 Goldpf.: 891 052 932 Mark Stundenlohn, 7 128 438 456 Mark Tagesverdienst, 42 770 540 736 Mark Wochenlohn.
29 Goldpf.: 923 876 251 Mark Stundenlohn, 7 353 010 003 Mark Tagesverdienst, 44 293 060 048 Mark Wochenlohn.
30 Goldpf.: 954 699 570 Mark Stundenlohn, 7 687 586 560 Mark Tagesverdienst, 45 825 579 860 Mark Wochenlohn.

Goldlöhne im Metallgewerbe.

Unter Aufhebung des am 4. September dieses Jahres vereinbarten Lohnabkommens sind zwischen den Drahtziehern der Arbeiter und der Metallgewerbe im Metallgewerbe mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene gänzliche Entwertung der Reichsmark neue Goldlöhne festgesetzt worden, die ohne die Berechnung eines Multiplikators in wertbeständigen Zahlungsmitteln (Dollar, Industriefuß) pro Stunde zu zahlen sind. Sie betragen für:
Fahrbetter über 22 Jahre 62 Pfg. pro Stunde, von 20-22 Jahre 47 1/2 Pfg., bis 20 Jahre einsehl. sämtl. Junggesellen 30 Pfg., Hilfsarbeiter über 22 Jahre 43 1/2 Pfg., von 20-22 Jahre 41 Pfg., von 17-20 Jahre 38 Pfg., von 16-17 Jahre 20 1/2 Pfg., von 15-16 Jahre 15 1/2 Pfg., von 14-15 Jahre 13 Pfg. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 11 Pfg. für Nacht- und Sonntagsarbeiten von 24 Pfg. pro Stunde geschätzt.

Diese Lohnvereinbarung gilt vom 11. Oktober bis 24. Oktober einsehl. Die im vorigen Lohnabkommen vereinbarte provisorische Lohnvoranschläge am Dienstag einer jeden Woche fällt fort. Die Vertragsbeiträge betragen 40 Pfg. 50 Pfg., 25 Pfg.

Die Löhne im Druckgewerbe betragen für:
Fahrbetter im 1. Berufsjahr 27 Goldpfennig (1 922 823 251 Papiermark), im 5. und 6. Berufsjahr 20 Pfg. (1 018 346 206 Pfg.), im 7. und 8. Berufsjahr 18 Pfg. (1 145 689 484 Pfg.), im 9. und darüber 16 Pfg. (1 145 689 484 Pfg.). Hilfsarbeiter: Anternacht (1 Jahr) Lohn pro Stunde 8 Goldpfennig (254 586 582 Papiermark), im 2. Berufsjahr 12 1/2 Pfg. (429 614 906 Pfg.), im 3. Berufsjahr 14 Pfg. (461 493 136 Pfg.), im 4. Berufsjahr 16 Pfg. (500 178 104 Pfg.), im 5. und darüber 18 Pfg. (572 819 742 Pfg.). (Beiträge 80 und 25 Pfg.)

Stadtsamstag am 18. Oktober 1923.

Todesfälle. Matrose Magnus Olsen, 24 J. 2 Mon. - S. d. Arbeiter Paul Raab, 7 Mon. - Kaufmann Karl Matmann, 70 J. 8 Mon. - S. d. Arb. Siegfried Stiller, 5 Mon. - Arbeiter August Pangowski, 54 J. 5 Mon. - Kaufmann Jakob Gohn, 63 J. - Frau Anna Reigart geb. Boehne, 51 J. - S. d. Arbeiter Joseph Fehn, 16 J. 7 Mon. - Witwe Auguste Pacholik, geb. Brandt, - 2 Töchter tot.

Unfallgenossenschaft Danzig.

Die Geschäfte der gewerblichen und Seearbeitsversicherung werden von den deutschen Versicherungsträgern nur noch bis zum Schluss dieses Jahres geführt. Vom 1. Januar 1924 ab muss Danzig diese beiden Versicherungszweige in eigene Verwaltung übernehmen.

In Danzig werden gegenwärtig 1700 Unfallrenten, die von gewerblichen Berufsgenossenschaften bzw. von der Seearbeitsgenossenschaft festgesetzt worden sind, ausbezahlt. Diese Zahl beweist, dass die Unfallversicherung heute schon erhebliche Anforderungen an die Danziger Wirtschaft stellt.

Die zukünftige Gestaltung der Unfallrenten und ihre Anpassung an die neue Währung bleibt besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten. Den interessierten Gewerkschaften soll vor der Gründungsversammlung des neuen Versicherungsträgers ausreichende Gelegenheit geboten werden, zu den auf Grund dieses Gesetzes ausgearbeiteten Entwürfen Stellung zu nehmen.

Erweiterung der Steuerklassen. Auf eine kleine Anfrage hinsichtlich der Ueberfüllung der Steuerklassen, teilt der Senat jetzt mit, dass er Maßnahmen getroffen habe, um in der Unzulänglichkeit der Räume der Steuerklassen Abhilfe zu schaffen.

Kern der Dichtung reizte ihn, und es ist bemerkenswert, dass Goethe als erstes nicht eine der menschlich bedeutungsvollsten Szenen niederrieb, sondern die Szene zwischen Egmont und dem Herzog Alba, also die Begegnung bürgerlich-freieitlicher und despotisch-willkürlicher Anschauungen.

Goethe kam es an feinstliche geistliche Trenne des Porträts nicht an. Er wies dem Dichter andere Aufgaben zu als dem Historiker. Ihm reizte das Politische des Stoffes, aber es gab sich ihm auch ganz selbstverständlich — so hier wie immer — das eigens Erleben dem Stoff verwechselt und mehr noch: dass es den Stoff zu sich herüberholte, um sich damit nach Bedarf und in willkürlicher Anpassung zu umkleiden.

Dass Goethe der Hauptcharakter seines Dramas diesen feinsten Inhalt gab, ist von höchster Bedeutung für die einheitliche Geschlossenheit des Werkes. Alle Gezeiten sind im engen Sinne auf Egmont bezogen, selbst der feindselige Gegenstand Alba; an allen soll das Werden einflussvollster Art erweitert werden.

Allfälligen Rathaus dann der höchsten Steuerklasse dienbar gemacht werden können. Außerdem schweben Verhandlungen mit der Danziger Bankenvereingung, um durch Erweiterung des bargeldlosen Verkehrs die Steuerannahmestellen zu entlasten.

Die Arbeitslosen sollen weiter hungern.

Bereits 5500 Erwerbslose.

Belagterregend schwillt die Zahl der Arbeitslosen an. Immer größer wird die Zahl derjenigen, die ohne Arbeitsverdienst ihr Leben fristen müssen. Ihre Zahl beträgt bereits 5500. In ihren Familien ist der Hunger ständig zu Gast, denn mit einer täglichen Unterstützung von 220 Millionen Papiermark ist eine Bekleidung auch nur der aller-nöthigsten Lebensbedürfnisse nicht möglich.

Achtung: Referenten der Partei!

Freitag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Protokollsaal des Volkstages.

Besprechung der Referenten.

Sämtliche Referenten der Partei müssen unbedingt erscheinen. Ohne Entschuldigung darf niemand fehlen.

Der Landesvorstand.

sozialdemokratische Volkstagsfraktion für eine Vinderung dieses Geldes ein. Sie forderte, dass die Erwerbslosenunterstützung auf 1,20 Goldmark festgesetzt werde, eine Forderung, die nicht als zu hoch bezeichnet werden kann.

Abg. Gen. Arczynski forderte nochmalige Ausdehnung der Unterstützung auf 1,20 Goldmark festgesetzt werde, eine Forderung, die nicht als zu hoch bezeichnet werden kann.

Die Besteuerung der Wechselstuben

wird von vielen Seiten gefordert. Der Volkstag hat vor einiger Zeit einen dahingehenden Antrag einstimmig angenommen. Auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte ihm zu.

Seine Ausführungen wurden durch Jurist der Abg. Schmidt und Kuhn wie „Stumm“ und „Verbrecher“ usw. häufig unterbrochen. Abg. Gen. Kuhn sollte sich bei dieser Gelegenheit zwei Ordnungsrufe. Auch der deutschnationale Abg. Böcker sprach sich gegen nochmalige Ausdehnung aus.

Auch die Krankenhausgebühren in Goldmark.

Auch die Verwaltung des höchsten Krankenhauses mit leicht zur Berechnung ihrer Gebühren in Goldmark übergehen. In einer der Stadtverordnetenversammlungen zu ihrer nächsten Sitzung am Dienstag kommender Woche angelegener Vorlage wird um die Zustimmung ersucht, die Gebühren wie folgt zu ändern:

Eine entsprechende Anpassung an die Goldmark sollen auch die Preise für sonstige Leistungen, Abtagnenaufnahmen, Durchleuchtungen, Wäber usw., erfahren.

Die begehrten Spielmarken.

Vor dem Schöffengericht in Zoppot gab es eine neue Verhandlung im Zusammenhang mit den früheren Entlassungen von Spielklubangehörigen. Der Mitinhaber des Kasinos W. war angeklagt, er habe sich 1922 in einem Falle Spielmarken (Schips oder Netons) im Betrage von 4000—6000 Mark aus einer Hausleiste geben lassen und sie einer Russin Lydia T. übergeben.

Eine neue Jugendgemeinschaft hat sich aus verschiedenen Anhängern der Danziger Jugendbewegung unter dem Namen „Neue Kultur“ gebildet. Ihr Ziel ist die Befähigung des auf dem Gebiete der Vortragskunst herrschenden Schwundes durch Veranstaltungen zu volkstümlichen Festen.

Verantwortlich für Postilf: Ernst Spooß für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz Weber für Inserate und Annoncen, sämtlich in Danzig, Druck und Verlag von F. Wehl u. Co., Danzig.

ringt. Aber da liegt die Schwäche des Egmont-Dramas, die sich bei jeder Aufführung zeigt: Egmont ringt nicht, er geht widerstandslos ins Garn, er sieht die Gefahr nicht, steht fest trotz der Warnung Oraniens nicht, bleibt voll Vertrauen, wo höchstes Mißtrauen rettende Kraft ist, auch dann noch, als im Falle schon die Ansicht unzulässig beginnt, sein Kopf sei gefährdet, und kann in seiner Sorglosigkeit gar nicht an Widerstand denken.

Egmonts Art greift tief in das Leben menschlicher Menschen in allen Schichten ein. Goethe, wie im Ödipus auch im Egmont noch unter dem Namen Shakespeares lebend, reichte eine Folge von Szenen aneinander, die alle so gebaut sind, daß dieser Einfluß Egmonts in deutscher und immer anderer Betonung fühlbar wird.

Wie tief Egmont das Leben in den Krisen enttarnen kann, soll Märchen sehr schön ausdrücken. Sie ist das ganz weltfremde Geschöpf, in die unverfälschte Natur, und Egmonts Naturdrone weckt mächtig, was ihm gleichartig ist. Egmont hat nicht viel Vertrauen auf die politische Brauchbarkeit der Volksmasse, ihr Verfall täuscht ihn nicht in allen Stunden.

Sinterhalt“ für geraten hält, aber schnell spürt er frei heraus. Die verheimlichende Vorsicht anderer würde er an sich selbst als feig, kleinlich, feindsüchtig empfinden. Er will sein Leben fühlen, ganz wie sich es in ihm regt, will menschliche Begier in allen Adern spüren, um so die Menschen ganz zu fühlen.

Franz Diederich.

Dichten nach Noten. Eine der neuesten Errungenschaften der futuristischen Dichtung in Italien ist die, daß die Verse eines Gedichtes auf Notenpapier geschrieben und bald mit Noten versehen werden, um die besondere Tonlage der einzelnen Worte zu kennzeichnen.

Der zurückgebrachte Epizweg. Aus der Berliner Nationalgalerie wurde im Juli Epizwegs bekanntes Bild „Der heimkehrende Klausner“ gestohlen. Weshalb er sich bei einem Berliner Rechtsanwalt ein Mann und übergab ihm das kostbare Gemälde. Der Rechtsanwalt gab das Bild sofort an die Nationalgalerie zurück.

Wirtschaft, Handel und Schifffahrt.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stieg sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 15. Oktober auf das 691,5-millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vormoche (100,1-millionenfache) beträgt demnach 591,4 vom Hundert. — Das Niveau der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 9. bis 18. Oktober um 25,4 vom Hundert auf das 109,8-millionenfache des Friedensstandes gehoben.

Weiterer Beschäftigungsfortschritt in der deutschen Metallindustrie. Die Arbeitslage in der deutschen Metallindustrie hat sich in der Zeit vom 23. bis 29. September nach den Erhebungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes weiter verschlechtert. Von 1.769.001 erfassten Arbeitern waren 1.023.335 oder 57,9 Prozent in der Vormoche 80,7 Prozent) Vollarbeiter, 56.317 oder 33,6 Prozent (31,4 Prozent) Kurzarbeiter, 150.149 oder 8,5 Prozent (7,9 Prozent) Arbeitslose. Den größten Anteil an Vollarbeitern weisen die Bezirke Berlin mit 83,4 Prozent, Königsberg mit 82,8 Prozent und Stettin mit 80,7 Prozent auf. Die Kurzarbeiter sind am härtesten vertreten in den Bezirken Nürnberg mit 69,2 Prozent, Stuttgart mit 59,9 Prozent und Köln mit 57,5 Prozent. Den höchsten Stand an Arbeitslosen haben die Bezirke Sagen mit 31,3 Prozent, Köln mit 14,3 Prozent und Brandenburg mit 13,8 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder stieg von 8,6 auf 9,1 Prozent.

Stillelegungen im Ruhrgebiet. Der gesamten Belegschaft der Rheinischer Hütte in Weimar bei Bochum wurde gekündigt. Vorstellungen des Betriebsrates und des Regierungspräsidenten beim Direktor des Werkes waren erfolglos, da die Betriebsleitung erklärte, sich um alle Einwendungen, woher sie auch kommen mögen, nicht zu kümmern. In Betracht kommen etwa 3000 bis 4000 Arbeiter und Angestellte. — Größere Entlassungen finden auch in anderen Montanbetrieben und auf einigen Sechen statt. So entließ die Seche „Berliner Sohn“ von einer Gesamtbelegschaft von 900 Mann mehr als 100 Arbeiter. Zugleich wurde mitgeteilt,

dass, wenn eine wesentliche Erhöhung der Leistungen der Arbeiter und Schicht nicht erreicht würde, eine völlige Stilllegung erfolge. Ähnliche Erklärungen hat eine Reihe anderer Betriebsleitungen abgegeben.

Senkung der Zementpreise. Infolge Ermäßigung der Goldmarkpreise für Kohle hat der Reichswirtschaftsminister den Zementhöchstpreis von 525 Goldmark für je 10.000 Kilo mit Wirkung vom 17. Oktober 1923 ab auf 450 Goldmark herabgesetzt, nachdem der Höchstpreis in der letzten Woche bereits um 80 Goldmark ermäßigt worden war.

Russische Rente in Deutschland. Das Petersburger Handelsamt (Petrograd) führt zurzeit in Berlin Verhandlungen über den Ankauf von Maschinen und Materialien für die Petersburger Fabriken. In diesem Zweck haben die Vertreter verschiedener Petersburger Fabriken und Syndikate (Petrotex, Elektromaschinenbau, Farbenwerk, Petrol, Zentralfür Kork und Holzmittelindustrie usw.) Deutschland aufgesucht. Die Zentrale für Kork- und Holzmittelindustrie hat in Hamburg einen großen Posten Korkrinde erworben.

Stinnes' Geschäfte mit Russland. Die „Revo“ (Petersburger vereinzelt Sechsbauerei-Gesellschaft) hat mit Stinnes einen araken Abchluss betr. Lieferung von Schwärmen abgeschlossen. Das Geschäft wird von Stinnes in Dollar im Umfange von 1,9 Prozent des Wertes der verkauften Waren finanziert. So wertvoll für Stinnes diese Ankündigung mit Russland sein mag, so bleibt er doch gewaltig hinter seiner Konkurrenz, dem Wolffkonzern, zurück.

Erleichterungen im Zollwesen. In Genf wurde die vom Völkerbund einberufene internationale Zollkonferenz, auf der 34 europäische und außereuropäische Staaten vertreten sind, eröffnet. Die Konferenz soll, wie der Vorsitzende Buren betonte, in gemeinsamer Arbeit der Regierungen, der Zollverwaltungen und der Vertreter von Handel und Industrie die Erleichterungen betreiben, die den internationalen Handel und Verkehr bei den Zollabfertigungen an den Grenzen erwarten.

Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Arbeiterlosigkeit hat bisher in allen Fällen, wo die Leistung von Überstunden wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprach, sich dieser Notwendigkeit nicht verschlossen und auf dem Wege freier Vereinbarung in hohem Maße Überstunden geleistet. Das gilt besonders für die Vergarbeiter, aber auch auf die Textilindustrie trifft das zu. In den Textilbetrieben Sachsens wurde nach dem Jahresbericht der sächsischen Gewerkeaufsichtsbeamten im Jahre 1921 nicht weniger als 1.742.032 Überstunden geleistet. Sicher ist die Zahl in Wirklichkeit weit höher, weil nicht alle geleisteten Überstunden von der Berechnung erfasst worden sind. Bemerkenswert ist, dass diese Überstunden in einer Zeit geleistet wurden, in der die Arbeitslosigkeit unter der Textilarbeiterlosigkeit recht erheblich war. Im Jahre 1922, das eine lebhafteste Konjunktur aufwies, ist die Zahl der Überstunden noch größer gewesen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit in England. Die Arbeitslosenziffer hat sich in England weiter verschärft. Die vorliegenden Berichte bezeugen eine weitere Steigerung der Gewerbelosen. In Newcastle gibt es allein 20.013 Arbeitslose. In Norfolk und Northumberland beläuft sich ihre Zahl auf 257.649. Eine besonders schlechte Konjunktur hat die Baumwollindustrie. In Bradford, dem Mittelpunkt des Webereibezirks, gibt es allein 16.811 Arbeitslose, darunter 4000 Arbeiterinnen. Am Freitag in England sind die Verhältnisse nicht besser. Die Zahl der Arbeitslosen betrug hier im Anfang dieses Monats 12.780.

Verfälschung der Wirtschaftslage in Russland. Nach aus Moskau eingetroffenen Berichten hat sich die Wirtschaftslage in Russland in der letzten Zeit immer mehr verschlechtert. Der Kurs des Rubels hat sich seit der Einführung der Lebenshaltungsteige. Die Arbeiterlöhne blieben hinter der Teuerung zurück und würden gewöhnlich mit großer Verzögerung ausbezahlt. Seit der Einführung der Teuerungsmessung und der damit verbundenen tatsächlichen Devaluation des Rubels sind die Löhne, in Gold gerechnet, um die Hälfte reduziert. In der Arbeiterlosigkeit rufe die Krisis Wut und Unruhe hervor. In den Fabriken würden Plakate angebracht mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Fährwone!“

Stadttheater Danzig.
 Direktion: Rudolf Schaper.
 Heute, Donnerstag, 18. Oktober, abends 6 1/2 Uhr:
Tannhäuser
 oder:
Der Sängerkrieg auf der Wartburg
 von Richard Wagner
 In Szene gesetzt von Oberspielleiter Julius Brückhe.
 Musikalische Leitung: Otto Seiberg.
 Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.
 Freitag, 19. Oktober, abends 7 Uhr. Dauerkarten
 Serie III. Käter Lampe. Komödie.
 Sonnabend, 20. Oktober, abends 6 Uhr. „Freie
 Volksbühne“ (Geschlossene Vorstellung).

10907
Gesellschafts-Reunion
 Täglich 8 Uhr
KK
 Große Allee 10
 Jazzband-Kapelle
ORGON
 Neu! Parkett-Tanzfläche

Auf Abzahlung
Baletots
Herren-Schweden-Mäntel
Anzüge
Hosen
 Kleine Anzahlung Bequeme Abzahlung
Bekleidungshaus LONDON
 2. Damm 10 10910

Dr. med. Kieninger
 Spezialarzt für Haut-,
 Horn- u. Sexualeiden.
 Danzig, Langgasse 67
 (Eingang Partschensengasse)
 hält jetzt wieder Sprech-
 stunden von 9-2 und
 von 5-7. 110997
Neuer Herren-
Winter-Wüster
 gegen Kühlen oder Kar-
 toffeln zu tauschen gesucht
 Offert. unt. V. 1834 an die
 Exped. d. Volksstimme (+)
Dam.-Mähmaschine
 zu verkaufen. Peters-
 hagen 10. Hof, pt links (+)

Reizzeug, Zinkstif-
badewanne,
Chaiselonaue
 preiswert zu verkaufen.
 Näheres in der Expedition
 der „Volksstimme“ (+)
Zu verkaufen:
 Stacheln, Herren-Wüster,
 Pelzmuff, Smoking. (+)
 Uecker, Promenade 21, 2.
Kennterischeiben
 55 mal 59, billig abzu-
 geben. (+)
 Herbert, Krähenberg 10.
Gute Beige
 zu verkaufen. Offerten
 unt. E. 1849 an d. Exped.
 der Volksstimme (+)

Metropol-
Lichtspiele
 Domnikswall 12. 10923
Sensationelle Erstaufführung.
Der Pokal der Fürstin!
 Detektiv-Abenteuer mit Kurt Brenkendorf
Die Insel der Gezeichneten!
 6 spannende Akte
 nach einem australischen Roman
Cocul und Seffim Tingeltangel
 3 Akte besten Humors.
 Prachtige Naturbilder!

Berliner
Konfektions-Vertrieb
 verzogen nach
Vorstädtischer Graben 24 L.
 Kein Laden
 Verkäufe weit unter Preis 10906
Herren-
 Herren-Hosen besonders billig.
 Auf Teilzahlung gibt alle Waren
 und Gewinne 10% Rabatt
Berliner Konfektions-Vertrieb
 Vorstädtischer Graben 24, 1 Tr.

Laden oder Zimmer
 parietz oder 1. Etage, sofort zu mieten gesucht.
 Angebots unter O. W. an die Geschäftsstelle
 der Danziger Volksstimme. (+)

Großer Inventurverkauf
 Escom billige Preise
Herrenstoffe
 140 cm breit, Nr. 450, 460, 750, 800, 1050 (inkl.)
 Gute Qualitätsware

Danziger Tuchhaus, Breitgasse 31
 Angenehme Stoffe werden reserviert.

Bevor Sie Stoff kaufen
 und Garderobe anfertigen lassen, überzeugen
 Sie sich von meinen außerordentlich niedrigen
 Preisen für fertige Damen-Bekleidung

Kein Laden, kein Personal & Verkauf in der I. Etage

Ganz besonders billig:
Mäntel
 aus reinwollenen, schweren, engl. Stoffen
 aus Flansch, Tuch, Affenhaut, Velour de laine
 mit und ohne Pelzbesatz.
Nur gute Qualitätsware!
Enorme Auswahl
 vom einfachen bis zum elegantest. Mantel,
 sauberste Verarbeitung.
Frauen-Mäntel in Krimmer und Astrachan
 Mein Geschäft ist durchgehend von 8-6 Uhr geöffnet.
Damen-Bekleidung
Hans Reincke
 Hundegasse 102, Verkauf I. Etage.

Eisernen Sockhosen
 sucht zu kaufen (10898)
 Stein, Fährergasse 21.
Büroschrank
 zu kaufen gesucht. Angeb.
 unter E. 1848 an d. Exped.
 der Volksstimme. (+)
Sanie Stühle.
 Angeb. mit Preis unter
 E. 1847 an die Exped. d.
 Volksstimme. (+)

Kaufe Möbel,
Betten, Wäsche,
 Offerten unter E. 1843 an
 d. Exp. d. Volksstimme. (+)
Kaufen 10106
Flaschen
Altpapier
Alteisen
 Höchste Preise!
 Junkergasse Nr. 8.

Tausche
 großes Zimmer geg. gleich
 groß. in Döb. Umgang frei
 Angebote unt. 1851 an die
 Exped. d. Volksstimme. (+)

Tausche
 2-Zimmer-Wohn. in Döb.
 gegen gleiche in Danzig.
 Angeb. unt. E. 1846 an die
 Exped. d. Volksstimme. (+)

Möbl Zimmer
 zu vermieten (+)
 Gr. Oelmühlengasse 10
 Junger Mann sucht ein
 einfaches, aber gemütlich
möbl. Zimmer
 vom 1. Nov. oder früher
 Offert. unt. O. 460 an die
 Exped. d. Volksstimme. (+)

Feine Herrenwäsche
 wird sauber gewaschen und
 gevläutert.
 Frau H. Pein, Danzig,
 Fleischerstr. 7. Hinters-
 haus 2. str. (10905)

Jede Klempnerarb.
 wird sachgem. ausgeführt.
 Klempner u. Doberant.
Artur Winkler,
 Döbengasse 12. (+)